Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1909. Nr. 288. Jahrgang 202.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gobensleben in Halle a. S.

Mittwoch, 23. Juni 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Der Kaiser über die Finanzreform und über die Begegnung mit dem Zaren.

Se. Majestät der Kaiser siedelte, wie uns aus Cuxhaven gemeldet wird, Dienstag vormittag von der „Ypiranga" auf die „Hohenzollern" über und begab sich alsdann an Bord des „Meteor". Um 12 Uhr begann bei gutem Segelwind das schönem Wetter die Segelwettfahrt des Norddeutschen Regattavereins auf der Unterelbe. In Klasse A 1 startete zum ersten Male der neue „Meteor" mit dem Kaiser an Bord. Gemeldet waren elf Boote. Abends nahm Se. Majestät auf Dampfer „Deutschland", der vor Altenbruch vor Anker lag, die Preisverteilung für die Regatta vor und nahm an dem Festmahl teil. Während der Tafel brachte Bürgermeister Dr. Burchard einen längerer Rede ein Hoch auf den Kaiser aus. Der Kaiser erwiderte mit einer Rede, in der er u. a. sagte:

Wir treiben hier Sport und keine Politik. Ew. Magnifizenz hatten aber die Güte, die Punkte zu berühren, die alle deutschen Herzen jetzt bewegen. Ich hoffe immer noch, daß der Gemeinsinn in unseren Volksvertretern sich über den Parteisinn Bahn brechen wird, da ich doch annehme, daß niemand unter ihnen die Verantwortung auf seine Schultern nehmen wird, das Scheitern einer für unser Vaterland nach innen und außen unumgänglich notwendigen Reform zu verantworten. (Beifall.) Sie haben alle mit Interesse meine Reise nach den finnischen Schären verfolgt, wo ich eine so warme und gastliche Aufnahme seitens des Kaisers aller Reußen und der Seinen gefunden habe. Es freut mich, gerade Ihnen als den Vertretern des Handels und der Geschäftswelt, die Sie ein Interesse an der friedlichen Gestaltung der Zukunft haben, folgendes über die Bedeutung dieses Besuchs mitteilen zu können: Kaiser Nikolaus und ich sind dahin übereingekommen, daß unsere Zusammenkunft als eine Bekräftigung des Friedens aufzufassen ist. (Lebhafter Beifall.) Wir fühlen uns als Monarchen unserem Gott verantwortlich für das Wohl und Wehe unserer Völker, die wir soweit als möglich auf friedlichen Wegen vorwärts bringen und zur Blüte emporführen wollen. Alle Völker brauchen den Frieden, um unter seinem Schutz den großen Kulturaufgaben ungestört obliegen zu können. Deshalb werden wir beide stets darnach streben, soweit es in unseren Kräften liegt, mit Gottes Hilfe für die Förderung des Friedens zu wirken. (Andauernder Beifall.) Unter diesem Frieden kann sich auch natürlich der Sport in vollster Weise entwickeln.

Der Kaiser schloß mit einem Hurra auf die Stadt Hamburg und die Hamburg-Amerika-Linie.

Die Erbschaftssteuer in der Finanzkommission.

Auf Grund der Vereinbarung des Seniorenkonvents, wonach in der zweiten Lesung im Plenum zunächst die Besitzsteuern erledigt und dann erst in die Beratung der Verbrauchssteuern eingetreten werden soll, wurde in der Finanzkommission, die am Dienstag den letzten Abschnitt ihrer Beratung begann, in erster Linie die Novelle zum Erbschaftssteuergesetz zur Verhandlung gestellt. Einstweilen wird die Erstattung eines mündlichen Berichts an das Plenum in Aussicht genommen. Auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) beginnt die Verhandlung mit der Besprechung des § 9a, der von der Besteuerung der Ehegatten und Deszendenten handelt. Hierzu liegen drei Anträge vor, von den Sozialdemokraten, dem Abg. Freiherrn v. Gamp (Rp.) und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Die Sozialdemokraten beantragen, den im Regierungsentwurf für die Erbschaften im Betrage bis zu 30 000 Mk. auf 1 Proz. festgesetzten Steuersatz auf 1½ Proz. zu erhöhen und die Progression unter entsprechender Erhöhung über 750 000 Mk. hinaus, womit im Entwurf der Regierung die letzte Staffel mit einem 4prozentigen Steuersatz erreicht ist, fortzusetzen bis zum Höchstbetrag von 20 Proz. Weiter soll die Steuer von dem hinterbliebenen Ehegatten auch dann erhoben werden, wenn Kinder vorhanden sind. Weiter sollen die unehelichen Kinder den ehelichen gleichgestellt werden. Der Antrag Gamp läßt die Progression des Regierungsentwurfs unverändert bis zu der Staffel über 600 000 Mk. 3½ Proz. bei der nächsten Staffel, mehr als 750 000 Mk., bemißt der Antrag die Steuer auf 3,75 Proz. statt auf 4 Proz. und läßt diesen Höchstsatz erst bei Erbschaften im Betrage von mehr als einer Million erreichen. Der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung fügt der Progression des Regierungsentwurfs, die er im übrigen unverändert läßt, die Staffel 5 Proz. bei mehr als einer Million Erbschaftsbetrag hinzu. Zu anderen Bestimmungen der Novelle liegen neben Anträgen der genannten Parteien auch Anträge der Nationalliberalen und der Freisinnigen vor. § 10, der zunächst noch nicht zur Verhandlung gestellt wird, enthält die Steuersätze für die schon vom geltenden Erbschaftssteuergesetz erfaßten Verwandschaftsgrade. Mit dem § 9a wird mit zur Verhandlung gestellt ein Antrag Gamp, der in einem neuen § 10a bestimmt: eine Erhöhung der in den §§ 9a und 10 festgesetzten Steuersätze kann nur in der Form des Artikels 78 Absatz 1 der Reichsverfassung erfolgen. Das bedeutet, daß zu einer Erhöhung der Erbschaftssteuersätze eine Dreiviertelmehrheit im Bundesrat erforderlich ist. Abg. Frhr. von Gamp (Rp.): Die Reichspartei stimmt der Vorlage nur zu unter der Bedingung, daß eine etwaige spätere Erhöhung der jetzt zu beschließenden Steuersätze als Verfassungsänderung behandelt wird. Wir bemühen uns ehrlich, eine mittlere Linie zu finden, und wir bitten, das anzuerkennen. Abg. Dr. David (Soz.) erklärt sich gegen die verfassungsmäßige Bindung. Abg. Raab (wirtsch. Vgg.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zum Antrag der Reichspartei über die verfassungsmäßige Bindung und begründet neben dem Antrag auf Hinzufügung einer Staffel einen weiteren Antrag, auf den seine Freunde entscheidendes Gewicht legen, wonach die im § 11 eingeführte Befreiung für Erbschaften für Deszendenten und Ehegatten, die nicht mehr als 10 000 Mk. betragen, erweitert wird auf die Grenze von 20 000 Mk. Den Antrag der Sozialdemokraten lehne die Wirtschaftliche Vereinigung ab. Abg. Dr. Müller-Meiningen (frs. Vp.): Der beste Schutz gegen eine übermäßige Ausdehnung der Erbanfallsteuer ist der Bundesrat. Politisch ist die Beschränkung des Antrages Gamp äußerst gefährlich. Das ist eine Abschwächung des Reichsgedankens. Die ganzen Bestimmungen auf die preußischen Verhältnisse zuzuschneiden, bedeutet im jetzigen Moment eine große Gefahr. Ein Riegel gegen exzessive Ausdehnung der Steuersätze wäre die Bestimmung überdies nicht. Die Sätze der Regierungsvorlage sind an sich richtig. Wir akzeptieren indes den Antrag Raab, lehnen aber den Antrag der Sozialdemokraten ab, um nicht unnötige Schwierigkeiten aufzuhäufen. Dem Antrag betreffend die unehelichen Kinder stimmen wir aus allgemein menschlichen Gründen zu. Wir nehmen keinen Anstand daran, einem Glückspilz, der mit dem Erblasser nicht verwandt ist und eine Million erbt, die Hälfte zugunsten des Reiches abzunehmen, aber wir wollen die Deszendenten trotz der hohen Sätze der englischen Nachlaßsteuer nicht ungemessen belasten. Abg. Dietrich (kons.): Für den Fall, daß dieses Gesetz in Kraft treten sollte, ist die Regierungsvorlage das richtige. Die Bestimmung, die das Gesetz unter den Schutz der Verfassung stellen will, wird sehr überschätzt. Eine Sonderstellung Preußens ist sehr unwahrscheinlich, sobald es im Interesse des Reiches wirklich notwendig erscheinen sollte, die Steuer zu erhöhen. Wir wünschen keine Beschränkung der Kompetenz des Reiches durch Reservat, wie es vielfach angeregt worden ist. Das würde bedeuten, daß die Befugnisse der Krone unter die Beschlüsse der Einzellandtage gestellt werden. Durch taktische Haltung werden wir keine Partei beeinflussen. Für das Plenum werden wir auch bezüglich der Einzelbestimmungen Stellung nehmen, wenn es so weit ist. Schatzsekretär Sydow verteidigt die Regierungsvorlage gegenüber den weitergehenden Anträgen. In England habe die Landwirtschaft unter den hohen Sätzen sehr schwer gelitten. Der von Freiherrn v. Gamp vorgeschlagenen Bindung könne die Regierung zustimmen. Abg. Singer (Soz.): Die Vorlage ist schlechter als die frühere. Die Erbschaftssteuer muß einen Ertrag liefern, der die Summe der indirekten Steuern erheblich herabdrückt. Dieser Vorlage können wir nicht zustimmen. Schatzsekretär Sydow: Die Erbschaftssteuer trägt die Ertragssteigerungsmöglichkeit in sich selbst, da sie steigen muß mit dem Wachsen der Vermögen. In England hat nicht so sehr das mobile Kapital, sondern gerade der Grundbesitz gelitten. Abg. Schultz (Rp.) erklärt, daß ein Teil seiner Freunde auch dann der Erbschaftssteuer zustimmen werde, falls ein verfassungsrechtlicher Schutz gegen weitere Erhöhung der Steuer abgelehnt würde. Maßgebend sei dabei der Gedanke, daß solche Vorschriften bei großer Finanznot doch wenig helfen würden, andererseits aber ihre Aufnahme in die Reichsverfassung mißlich wäre, insofern dadurch Hemmnisse in der Entwickelung des Reichs und des Reichsgedankens entstehen könnten. Abg. v. Mielczynski (Pole) gibt die Erklärung ab, daß seine Freunde Gegner der Erbschaftssteuer seien. Es wird dann abgestimmt. Sämtliche Anträge werden abgelehnt; für den Antrag auf verfassungsrechtliche Bindung stimmen nur Reichspartei und wirtschaftliche Vereinigung. Sodann wird, wie schon in Nr. 287 der „Hall. Ztg." telegraphisch gemeldet, § 9a der Regierungsvorlage mit Stimmengleichheit, 14 gegen 14 Stimmen, abgelehnt. Dann wird § 10 zur Beratung gestellt, die Erbschaftssteuer für die anderen Verwandschaftsgrade. Hier liegt eine Reihe von Abänderungsanträgen vor; sie werden sämtlich abgelehnt und ebenso § 10 der Regierungsvorlage mit 16 gegen 12 Stimmen. Gegen diesen Paragraphen stimmt nun auch die Reichspartei. Ebenso wird § 11 der Regierungsvorlage, der die Befreiungen von der Steuer enthält, nebst allen Abänderungsanträgen abgelehnt, desgleichen § 11a, der die Außerbetrachtlassung des Mobiliars beim ländlichen Grundbesitz vorsieht. § 13 ist schon im geltenden Gesetz enthalten. Er enthält die Befreiung des Landesfürsten und der Landesfürstin von der Erbschaftssteuer. § 13 wird aufrecht erhalten. Auch im übrigen werden die Bestimmungen der Novelle, soweit sie Aenderungen gegenüber dem geltenden Gesetz einführen will, abgelehnt. Damit ist die ganze Erbschaftssteuernovelle gefallen. Von einer Gesamtabstimmung wird, nachdem Abg. Singer (Soz.) widersprochen hat, abgesehen. Nächste Sitzung heute, Mittwoch, vormittag 10 Uhr. Wechselstempel- und Reichsstempelgesetz. Zunächst soll die Umsatzsteuer auf Grundstücke beraten werden.

Die Vorgänge in Samoa.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht einen sehr umfangreichen Auszug aus dem vom Gouverneur Dr. Solf erstatteten ausführlichen Bericht über die Vorgänge in Samoa. Hiernach waren die Ursachen der aufrührerischen Bewegung einerseits die Frage nach der Nachfolgeschaft in dem Posten des Alii Sili (höchsten Häuptlings) Mataafa, die die Eifersucht der verschiedenen Kandidaten erregte und eine natürliche Beunruhigung in den samoanischen Gemütern hervorrief, andererseits der Umstand, daß die Herrschaft der Sprecherhäuptlinge Tumua und Pula, der Königsmacher und eigentlichen Herrscher über die samoanischen Inseln, seit Jahrzehnten die Ursache nie aufhörender Kriege und Feindseligkeiten unter den großen Häuptlingsfamilien des Landes, vom Gouverneur wegen ihrer Schädlichkeit für die friedliche Entwickelung des Landes im Jahre 1905 gestürzt und durch eine europäischen Verwaltungsgepflogenheiten angepaßte Regierungsform ersetzt worden war. Die von dem Sprecherhäuptling Lauati von Sawai eingeleitete und mit geradezu genialer rednerischer Begabung betriebene Bewegung zielte nur darauf ab, die Herrschaft von Tumua und Pule wieder aufleben zu lassen. Der Bericht des Gouverneurs schildert den Verlauf der ganzen Bewegung in allen Einzelheiten und bemerkt, daß beim Eintreffen der durch Kabel erbetenen Kriegsschiffe die Gefahr auf ihren Höhepunkt gestiegen war und der geringfügigste Anlaß eine Katastrophe herbeiführen konnte. Zum Schluß des Berichtes heißt es: Mit der Entfernung Lauatis aus Samoa ist ein bedeutsamer Schritt für die friedliche Weiterentwickelung des Schutzgebietes getan und die Sicherheit für Leben und Eigentum der weißen Ansiedler gewährleistet. Schwierig bleibt die Lage aber für die Eingeborenen im Hinblick auf die Lösung der Alii Sili-Frage. Es wird daher erforderlich sein, auch weiterhin einen Kreuzer in den samoanischen Gewässern zu stationieren.

Zur Lage auf Kreta.

Wie das Konstantinopeler Blatt „Yeni Gazetta" meldet, hat die Pforte an die Schutzmächte eine Note gerichtet, in der sie erklärt, daß die Kretenser oder Griechenland im Juli, wenn die Mächte ihre Truppen und Schiffe zurückgezogen hätten, wahrscheinlich eine Aktion zum Zwecke der Annektierung unternehmen würden. Einen solchen Schritt aber werde die Pforte niemals gestatten, nötigenfalls werde sie selbst vor der Kriegserklärung nicht zurückschrecken. Gleichzeitig erklärt sich die Pforte bereit, über die Autonomie der Insel in Verhandlungen einzutreten; hiernach mögen die Mächte ihr Verhalten zur Kretafrage richten.

Im englischen Unterhause richtete ein Liberaler die Frage an die Regierung, ob von der türkischen Regierung ein Ersuchen um Aufschub der Zurückziehung der britischen Truppen aus Kreta eingegangen sei, und ob mit Rücksicht auf Verwicklungen, die einer Zurückziehung der Truppen möglicherweise folgen könnten, die Regierung ihre Entscheidung einer nochmaligen Erwägung zu unterziehen geneigt sei. In Vertretung des Staatssekretärs Grey erwiderte Sekretär im Schatzamt Pease, er könne den ersten Teil der Anfrage bejahen. Was den zweiten Teil anlange, so glaube die Regierung nicht, daß es gerechtfertigt sei, von dem dem Volke der Kreter vor mehr als einem Jahre gegebenen Versprechen abzuweichen. Die Regierung sähe keinen Grund, ihre damals getroffene Entscheidung zu ändern, da die Bedingungen betreffend Aufrechterhaltung der Ordnung erfüllt worden seien. Es sei beabsichtigt, Stationsschiffe in den kretischen Gewässern zu belassen, um die türkische Flagge zu schützen, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Sicherheit der auf der Insel lebenden Mohammedaner zu gewährleisten.

Bei Redaktionsschluß läuft noch folgende Meldung aus Konstantinopel ein: Die Nachricht, von der Absendung einer türkischen Zirkularnote über die Kretafrage bestätigt sich. Die Note wird auch dem Berliner und dem Wiener Kabinett mitgeteilt.

Deutsches Reich.

* **Die Kotierungssteuer angenommen!** Der Reichstag hat in seiner Plenarsitzung am 22. Juni die Kotierungssteuer mit 203 gegen 155 Stimmen angenommen. Der Abstimmung enthielt sich ein Abgeordneter. (Vergl. auch den Parlamentsbericht.)

* **Zur Finanzreform.** Wie Berliner Morgenblätter melden, soll am Donnerstag die Erbanfallsteuer in zweiter Lesung vor das Plenum des Reichstages kommen. Man rechne damit, daß von den Konservativen sieben für die Vorlage stimmen würden.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

15. Sitzung vom 22. Juni, 1½ Uhr.

Am Ministertisch: Delbrück, Frhr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der

Berggesetznovelle.

Die von der Herrenhauskommission vorgenommenen Aenderungen sind belangreich nur insofern, als die obligatorische Verhältniswahl der Sicherheitsmänner und Mitglieder der Arbeiterausschüsse in die fakultative verwandelt ist.

Berichterstatter ist Dr. Wachler.

Dr. v. Burgsdorff: Wir sind nicht mit allen Bestimmungen der Vorlage einverstanden. Die Arbeiterausschüsse sind ein starkes Entgegenkommen gegenüber den Arbeitnehmern, die nun bald mehr fordern werden. Die Arbeiterkontrolleure werden zumeist Sozialdemokraten sein. Wie soll da Disziplin und Ordnung aufrecht erhalten werden? Mit der Intensität des Bergbaues wird trotz der Bergarbeiterkontrolleure die Zahl der Unglücksfälle wachsen. Hier machen die Arbeiter den ersten Versuch, die Leitung des Betriebes in ihre Hand zu bekommen. Bald werden sie auch Beteiligung am Gewinn fordern. Ob auch Beteiligung am Verlust, wird erst das Jahr 2000 zeigen. Die Vorlage ist eine Blume am liberalen Wege, den die Regierung beschreitet. In der Nähe dieser Blume blüht eine andere Blume, die Erbschaftssteuer. So steht hinter der Regierung die Schar der Politiker von Bassermann bis Bebel. Ich gratuliere der Staatsregierung zu dieser Gesellschaft. Wir haben immer Fehler gemacht, wenn wir uns von konservativen Bahnen zu weit entfernten. Das fahren wir beim Kulturkampf und bei den Caprivischen Handelsverträgen. Möge die Regierung den Weg von Damaskus wieder nach Hause finden. (Beifall.)

Herr v. Puttkamer stimmt der Vorlage zu.

Handelsminister Dr. Delbrück: Ich teile die Auffassung nicht, daß die Vorlage eine Blume am liberalen Wege sei. Die Kunst wahrer konservativer Politik ist nicht, sich lediglich gegen das zu stemmen, was unabwendbar uns entgegenkommt, sondern sie besteht darin, den Strom der Ereignisse zu fassen und zu leiten. Die Unfälle dürfen nicht der Quell gegenseitigen Hasses sein, sondern Quell der Verständigung. Die Annahme des Entwurfs wird ein Akt staatserhaltender Einsicht sein.

Dr. v. Schmoller-Berlin: Die Vorlage ist im Abgeordnetenhause von Konservativen und Liberalen angenommen. Ihre Bestimmungen haben sich im Saarrevier bewährt. Der Entwurf birgt viele Kautelen, er scheint von lauter Sicherheitskommissaren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190906232-19/fragment/page=0001

gemacht zu sein. Großen Schaden kann er nicht finden, vielleicht aber großen Nutzen.

Die Generaldiskussion schließt. Die Vorlage wird en bloc angenommen.

Es folgt die **Beratung der Stempelgesetznovelle.**

Die Finanzkommission des Herrenhauses hat die Stempelgebühren für Namensänderungen und die Fahrradbesteuerung gestrichen und die Gebührensätze für Pacht- und Mietverträge anders abgestuft. Das Abgeordnetenhaus hatte alle Miets- und Pachtverträge mit einem Pacht- oder Mietszins von weniger als 400 Mk. stempelfrei gelassen. Die Finanzkommission des Herrenhauses hat nur die Miets-usw.-Verträge bis 300 Mk. steuerfrei gelassen, für die übrigen Verträge aber einen Stempel festgesetzt, bei einem Zinse von 300—400 Mk. ein Zehntel Prozent, von 400 bis 500 Mk. zwei Zehntel Prozent, von 500—1000 Mk. drei Zehntel Prozent, für jedes weitere 1000 Mk. steigt die Stempelgebühr um ein weiteres Zehntelprozent, so daß sie bei 6001—7000 Mk. Zins neun Zehntel Prozent beträgt. Alle Miets-usw.-Verträge mit höherem Miet- oder Pachtzins als 7000 Mk. will die Finanzkommission durchweg mit einem Stempel von 1 Prozent des Miets-usw.-Zinses belegen.

Ebenso hat die Finanzkommission des Herrenhauses die Beschlüsse über den Jagdpachtstempel erheblich geändert. Sie hat die Bestimmung beschlossen, daß alle Jagdpachtverträge bis zur Höhe von 4000 Mk. mit 5 Proz., alle Verträge mit höherem Pachtzins mit 7½ Proz. besteuert werden sollen. Pachtverträge bei Anpachtung gemeinschaftlicher Jagden sollen 2 Proz. Stempel tragen gegen ½ Proz. nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses.

Schließlich hat die Kommission noch einige weniger erhebliche Aenderungen der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses vorgenommen. So dehnt sie z. B. bei der Automatensteuer die Steuerbefreiung auch auf die zu kleingewerblichen Zwecken dienenden Automaten aus.

Herr **v. Buch**: Ursprünglich sollte ein Teil der Kosten der Besoldungsvorlagen durch die Gesellschaftssteuer aufgebracht werden. Dagegen hat sich aber das mobile Kapital aufgelehnt, damals noch ohne Unterstützung des Hansabundes. (Heiterkeit.) So ist eine Steuer, die ich für sehr verständig gehalten habe, unter Zustimmung der Regierung unter dem Tisch verschwunden. Es erscheint mir wertvoll, diese Entwicklung hier festzulegen. (Beifall.)

Herr **v. Salisch**: Die Einführung der Waffenscheine sollte auf die ganze Monarchie ausgedehnt werden. Dann ist die Zeit gekommen, eine Gebühr zu erheben. Wer die Waffe im Beruf bedarf, muß den Schein natürlich anstandslos bekommen.

Graf v. Mirbach: Wir sind beim letzten Akt des Dramas, der für die Steuerzahler schmerzlich ist und hier und da die Frage aufwerfen wird, ob nicht zuviel geschehen ist. Bei der organischen Reform unserer direkten Steuern möge der Minister die drückende Höhe der direkten Steuern bedenken. Bei der Fideikommißbildung ist der entscheidende Punkt die Herabsetzung des Stempels. Diese ist jetzt notwendiger denn je. Der Wunsch auf größere Fideikommißbildung ist schon darin berechtigt, daß der Waldbesitz erhalten wird und so ein seßhafter Arbeiterstand erhalten werden kann. (Beifall.)

Graf v. Hutten-Czapski: Die vom Vorredner berührte Frage ist auch in der Abgeordnetenhauskommission besprochen worden. Da hat die Regierung einen Entwurf in Aussicht gestellt. Die Gründung eines Fideikommisses ist gewissermaßen ein Luxusakt, der unbedingt besteuert werden kann. Wenn der Fideikommißstempel nach Abzug der Schulden auf 4 Prozent erhöht wird, kann er sehr gut getragen werden.

Graf v. Mirbach gibt zu bedenken, daß an eine Bestimmung „nach Abzug der Schulden" kaum gedacht werden kann. Seine Freunde seien für die Herabsetzung des Stempels.

Die Generaldiskussion schließt.

In der Spezialberatung wird der Gesetzentwurf selbst ohne Diskussion mit einem Antrag Becker angenommen, nachdem für die am 1. Juli 1909 bereits im Gebrauch befindlichen Automaten und Musikwerke die Karte für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1909 innerhalb des Monats Juli zu lösen ist.

Es folgt die Beratung des **Stempelsteuertarifs.**

Oberbürgermeister **Becker** begründet einen Antrag, wonach Warenautomaten nicht nach dem Ertrage, sondern nach der Zahl der Warenbehälter besteuert werden sollen. Im übrigen will der Antrag auf die zu kleingewerblichen Zwecken dienenden Gas- und Elektrizitätsautomaten steuerfrei lassen.

Der Antrag wird angenommen.

Den Stempel für Namensänderungen hatte die Finanzkommission gestrichen.

Oberbürgermeister **Ehlers-Danzig** beantragt, den Stempel wiederherzustellen, dagegen den Stempel nicht zu erheben, wenn ein ausländischer in einen deutschen Namen umgeändert wird. Er begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die Interessen der östlichen Grenzbevölkerung.

Der Antrag Ehlers wird angenommen. Es folgen die Stempelvorschriften für Pacht- und Mietsverträge einschließlich der Jagdpachtverträge.

Graf York von Wartenburg: Am besten gefallen hat mir die ursprüngliche Regierungsvorlage. Das Abgeordnetenhaus hat den Jagdstempel bepackt mit einer Regelung des Jagdrechts, die dem geltenden Recht nicht entspricht.

Graf v. Kayserlingk stellt einen Vermittelungsantrag zwischen den Beschlüssen der Kommission und denen des Abgeordnetenhauses, der für Jagdpachtverträge von 300—1000 Mark eine neue Zwischenstufe schafft und hierfür als Stempel 3 Prozent festsetzt. Pachtverträge über gemeinschaftliche Jagden, die die Kommission mit einem Stempel von 2 Prozent belegen will, will der Antrag in Uebereinstimmung mit dem Abgeordnetenhause nur mit einem Stempel von ½ Prozent belegen.

Finanzminister **Frhr. v. Rheinbaben**: Auch ich halte die Beschlüsse Ihrer Kommission nicht für richtig, bitte aber um Annahme des Antrages Kayserlingk. Auch dem niedrigeren Stempel für gemeinschaftliche Jagdbezirke würde die Regierung im Interesse der bäuerlichen Bevölkerung zustimmen können. Der Ausfall könnte vielleicht durch eine Erhöhung des Miets-stempels gedeckt werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Graf Kayserlingk angenommen, ebenso ein Antrag Graf Bothe Eulenburg, der die steigende Skala der Steuersätze für Pacht- oder Mietsgrundsätzen von mehr als 3000 bis mehr als 22 000 Mark nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses wiederherstellt.

Die Fahrradsteuer wird entsprechend dem Kommissionsantrage gestrichen und der Rest des Gesetzes unverändert angenommen.

Die Resolution v. Salisch wegen einheitlicher Regelung der Bestimmungen über die Waffenscheine und eine angemessene Stempelabgabe für diese wird mit geringer Mehrheit angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Mittwoch 1 Uhr: Petitionen, kleine Vorlagen, Sekundärbahnvorlage.

Schluß 5¼ Uhr.

Deutscher Reichstag.

267. Sitzung vom 22. Juni 1909.

Am Bundesratstisch: Dernburg, Dr. Sydow.

Die südwestafrikanische Abrechnung.

Zunächst steht auf der Tagesordnung die erste Beratung eines Gesetzes über die Verrechnung, Prüfung und Kontrolle der in den Jahren 1903 bis 1907 aus Anlaß des Eingeborenenaufstandes im südwestafrikanischen Schutzgebiete geleisteten Ausgaben.

Es handelt sich um ein Ausnahmegesetz, nach dem die der Verwaltung obliegende Prüfung der Ausfagen auf Stichproben beschränkt werden darf. Die Abrechnung soll auf diese Weise möglichst rasch endgültig erledigt werden.

Abg. **Noske** (Soz.): Das ist ein ganz sonderbares Gesetz. Wir sollen also nicht erfahren, wo die verausgabten 400 Millionen geblieben sind. Es ist ungeheuerlich mit dem Gelde gewüstet worden. Die Regierung hat eine große Schlamperei getrieben.

Vizepräsident Dr. **Paasche** ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Frhr. v. **Gamp** (Rp.): Die Sache liegt doch anders. Wir waren bei der Abrechnung über den Aufstand, und da stellte sich heraus, daß wenn wir in derselben formalen Weise weiter verfahren, ein Kostenaufwand von 1,2 Millionen entstehen würde, daß aber bei der ganzen Abrechnung doch nichts herauskommen kann, weil die Personen nicht mehr da sind, nicht alles quittiert ist usw. So wie es jetzt vorgeschlagen wird, kostet die Abrechnung nur 100 000 Mk.; will denn Herr Noske noch die Million hinterherwerfen.

Abg. Dr. **Goercke** (natl.) bestätigt diese Darstellung. Im Kriege kann nicht jeder Pfennig quittiert werden, und da häufen sich die Summen.

Staatssekretär **Dernburg** weist die Anschuldigungen des sozialdemokratischen Redners zurück. Die Vorlage entspricht einer Anregung der verschiedensten Parteien des Hauses. Sie bleibt noch weit zurück hinter den Wünschen, die aus dem Hause hinsichtlich der Vereinfachung des Rechnungswesens geäußert sind. Wer solche Beschuldigungen wie Herr Noske erhebt, muß sie beweisen, sonst macht er sich einer groben Beleidigung schuldig.

Die Vorlage geht an die Rechnungskommission. Es folgt die erste Lesung eines

Nachtragsetat zur Anschaffung von Truppenübungsplätzen.

Die Einnahmen sollen durch Verkauf von Teilen des Tempelhofer Feldes aufgebracht werden.

Abg. **Erzberger** (Ztr.) beantragt Verweisung an die Budgetkommission. Die Abgg. **Goericke** (natl.) und **Singer** (Soz.) schließen sich dem an.

Die Vorlage geht an die Budgetkommission. Weiter steht auf der Tagesordnung die erste Beratung der

Novelle zum Schankgefäßgesetz

vom 20. Juli 1881. Es handelt sich dabei darum, bei Gläsern usw. Tiefung zuzulassen in Stufen von Zwanzigteilen des Liters (bisher Zehntel). Auch soll durch verwaltungsbehördliche Anordnung der Schaumraum (Abstand vom Rande des Glases) von 1 auf 2 Zentimeter erhöht werden können. Eine Debatte entsteht nicht. Sodann wird die Beratung der

Kotierungssteuer

fortgesetzt.

Abg. Frhr. **v. Gamp** (Rp.): Mit dem Effektenstempel und einer Besteuerung des Umsatzes sind wir einverstanden. Die Börse kann unbedenklich weiter zu den allgemeinen Lasten herangezogen werden. Wir sind keineswegs Gegner der Börse, wir erkennen ihre Notwendigkeit gern an, aber wenn alle Berufsstände belastet werden, kann sie nicht allein frei bleiben. Wenn die Kotierungssteuer eingeführt wird, so werden die Landschaften zusammentreten und beschließen, auf die Kotierung zu verzichten und sich eine eigene Organisation für den Umlauf der Pfandbriefe zu schaffen. Auch die Kommunen und Aktiengesellschaften werden die Belastung nicht still hinnehmen. Die Folge wird sein, daß die Börse verödet und daß die Steuer keinen rechten Gewinn bringen wird.

Abg. **Dove** (frs. Vgg.): Die Rumpfkommission hat mit einer furchtbaren Eile gearbeitet. Die Mitglieder von der Linken aber bekommen nicht einmal mehr die Kommissions-Drucksachen zugesandt, gleich als ob sie definitiv ausgeschieden seien. Dabei hat die Kommission alle Augenblicke ihre Pläne geändert. Einmal wurde gesagt, man wolle das mobile Kapital treffen, ein anderer wieder sagte, man wolle „die Börse" treffen. Wer das mobile Kapital treffen will, muß sich doch erst einmal fragen, in welchen Händen es sich befindet?! Und da vergessen Sie doch nicht die vielen kleinen Leute, die sich im Besitz solcher Papiere befinden, und denken Sie doch auch an die Sparkassen, die im Besitze von Kommunalpapieren sind. Wir wollen das mobile Kapital auch besteuern, wir wollen es aber zusammen mit dem immobilen besteuern und dazu erscheint uns jedenfalls die Erbanfallsteuer geeignet.

Abg **Raab** (wirtsch. Vgg.) führt demgegenüber aus, das immobile Kapital sei schon übermäßig besteuert, während das mobile Kapital sich nach wie vor der Besteuerung zu entziehen suche. (Gelächter links.) Eine Vermögenssteuer würde auch meinen Freunden, wenn sie für das Reich zu erlangen wäre, willkommen sein, aber eine ideale Steuer ist auch die Vermögenssteuer nicht. Zu bedauern ist, daß Abg. Gamp, wenn auch vielleicht nur für seine Person, die Kotierungssteuer verwirft, obwohl auch er meint, daß die Börse eine Steuer noch sehr gut tragen kann. Redner verliest sodann einen Brief des früheren Landrats Dr. Heydtweiler, den die Nationalliberalen abgesagt hätten. Heydtweiler schreibe ihm allerdings, nicht er sei abgesagt worden, sondern er selbst habe sich von seinen bisherigen Parteifreunden getrennt, weil Herr Bassermann durch Proklamation der großen liberalen Partei und durch seine Aufforderung an die Regierung, den Reichstag aufzulösen, das Wort an der Spitze des nationalliberalen Parteiprogramms: Das Vaterland über die Partei gestrichen habe! Der volksfeindliche Berliner Börsenliberalismus (Hört! Hört! im Zentrum) im Bunde mit einer weltfremden Philisterdemokratie habe die Karre in den Sumpf getrieben. Er (Redner) möchte wünschen, daß alle Leute so aufrichtig und innerlich wahrhaftig wären wie Heydtweiler.

Abg. Graf **Mielzynski** (Pole): Wir haben uns für das kleinere Uebel entschieden und treten daher für die Kotierungssteuer ein. Wir werden selbstverständlich gegen die Erbschaftssteuer stimmen.

Abg. Dr. **Weber** (natl.): Wir haben uns gestern an Herrn Büsing gewendet und von ihm telegraphisch die Antwort erhalten, daß es ihm — entgegen einer Behauptung des Abg. Müller-Fulda — niemals eingefallen sei, sich für eine Kotierungssteuer auszusprechen. Eine solche Steuer sei vielmehr das Schlimmste, was Handel und Verkehr treffen könne. Redner weist dann noch die Begnahme der Kotierungssteuerfreunde auf Frankreich und die Londoner Börse zurück. Was nun das Schreiben des Herrn Heydtweiler anlange, das Raab verlesen habe, so — so schließt Redner — nehme ich zu Ehren des Herrn Raab an, daß er über die Verhältnisse des Herrn Heydtweiler nicht Bescheid weiß. Wir müssen es uns aus menschlichen Rücksichten versagen, darauf näher einzugehen. (Beifall bei den Liberalen.)

Abg. **Müller-Fulda** (Ztr.) tritt nochmals den gegnerischen Auslassungen entgegen.

Abg. Dr. **Rösicke** (kons.): Die Fälle des Herrn Weber sind Einzelfälle. Sie werden uns nicht ausreden können, daß im allgemeinen sich der Kurs nach der Rente richtet. Treiben Sie das deutsche Kapital nicht ins Ausland, lassen Sie es lieber im Landel (Zuruf links: Getreide!) Herr Weber sagt, die Banken werden die Geschäfte unter sich machen. Nun, dann müssen sie doch auch Steuern zahlen. (Widerspruch links.) Ja, sehen Sie, das ist der Unterschied. Ich habe da viel mehr Zutrauen zu den Menschen. (Große Heiterkeit.) Von jener Seite wird ja wiederholt immer der Glaube ausgesprochen, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung Steuern defraudiert, und nun hören Sie, was Herr Weber sagt. Da können Sie sich drehen, wie Sie wollen, aus einem Loch muß der Fuchs heraus, und das ist, daß die Börse nicht zahlt. (Hört! Hört! und Beifall rechts.)

Abg. **Mommsen** (frs. Vgg.): Den Großbanken fügen Sie mit der Kotierungssteuer keinen großen Schaden zu. Die Kotierungssteuer ist eine Vermögenskonfiskation im Großen, aber beschränkt nur auf einen bestimmten Teil der Vermögen, und schon deshalb ganz unsozial. Es sei Volksgewohnheit geworden, nach Möglichkeit mit der öffentlichen Aufdeckung von Vermögen und Einkommen zurückzuhalten. Ihm seien Fälle bekannt, wo in einem Landkreise Personen sich richtig einschätzen wollten, dabei aber so viel Unwillen hervorriefen, daß sie sich schließlich der Volksgewohnheit unterwarfen. (Rufe rechts: Namen nennen! und Pfui! (Vizepräsident **Paasche** ruft den Pfui-Rufer zur Ordnung.) Die Bewegung, so schließt Redner, die den Hansabund hervorgerufen hat, werden Sie nicht mehr los! (Gelächter und Beifall.)

Abg. Dr. **Rösicke** (B. d. L.) weist die in den letzten Ausführungen liegenden „Verdächtigungen eines ganzen Standes" mit Beifall der Rechten zurück. Auf dem Lande sei es sogar vorgekommen, daß Leute erklärten: „Wir haben zwar kein Einkommen, aber wir wollen trotzdem —" (Stürmische Heiterkeit links. Wir verlangen, daß Sie uns solche Namen nennen, die keine Steuern zahlen, obwohl sie Einkommen haben! (Ruf rechts: Gemeingefährliche Lumpen!) Tun Sie das nicht, so handeln Sie nach dem Sprichwort: **calumniare audacter, semper aliquod haeret!** (Lebh. Beifall rechts.)

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. **Weber** schließt die Debatte. Die Abstimmung über die wesentlichen Bestimmungen der Kotierungssteuer ist eine namentliche, sie ergibt Annahme der Steuer mit 203 gegen 155 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

Auch die weiteren Bestimmungen (Erhöhung des Börsen-Umsatzstempels) und betreffend Art der Erhebung werden, und zwar ohne bemerkenswerte Erörterungen in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen.

Hierauf erfolgt Vertagung.

Morgen 2 Uhr: Weiterberatung der Steuerbeschlüsse der Finanzkommission.

Vorsitzender **Paasche** teilt noch mit, daß der Reichskanzler bereit sei, die Interpellation Albrecht wegen der Einfuhrscheine auf Getreide und wegen Suspension der Getreidezölle am 30. d. Mts. zu beantworten.

Schluß 6 Uhr.

Ausland.

Die Zustände in der französischen Marine. Wir erfahren aus Paris: Der von dem Deputierten Henry Michel im Namen der Marine-Untersuchungskommission erstattete Bericht schlägt der Deputiertenkammer vor, wegen der beispiellosen der Schiffbauten aufgedeckten Unordnung und Nachlässigkeit einen Tadel auszusprechen, eine Herabsetzung der vereinbarten Preise und Beseitigung der Prämien zu verlangen. Bezüglich der Dampfkessel spricht die Kommission ihr Bedauern darüber aus, daß der Minister es seit zehn Jahren unterlassen hat, die Lieferungen auszuschreiben, und daß er nicht einen als besser anerkannten Typ von Dampfkesseln gewählt hat. Bezüglich der Artillerie spricht die Kommission ihr Bedauern darüber aus, daß in den letzten drei Jahren nicht größere Anstrengungen gemacht worden sind, die Geschwader mit Halbpanzer-Granaten aus Stag-Stahl auszurüsten. Die Kommission schlägt der Kammer vor, zu verlangen, daß die Arsenale eine bessere Ausrüstung erhalten, und dringt schließlich auf Reorganisation der Zentralverwaltung sowie auf Einführung einer gewissenhaften und scharfen Leitung des Kontrolldienstes.

Die Krisis in Ungarn. Ministerpräsident Dr. Wekerle ist am Dienstag vom König Franz Josef in Wien in Audienz empfangen worden. Dr. Wekerle erbat eine endgültige Lösung der Krise auf der Grundlage, daß gegen Gewährung nationaler Zugeständnisse vom Reichstage die neuen militärischen Forderungen bewilligt werden sollten. Der König lehnte diese Lösung der Krise ab. Der Ministerpräsident hat hierauf um die endgültige Entlassung des Kabinetts. König Franz Josef gab dem Wunsche Ausdruck, das Kabinett möge die Geschäfte noch einige Tage weiter führen. Dr. Wekerle kehrte nachts nach Budapest zurück.

Türkei. In der Deputiertenkammer erklärte in Beantwortung einer Interpellation der albanesischen Deputierten über die Expedition Dschavid Paschas der Minister des Innern unter Vorlegung von Telegrammen des Walis von Uesküb, die Expedition sei notwendig gewesen, um reaktionäre Strömungen in Albanien zu unterdrücken. Er habe Befehl erteilt, Blutvergießen möglichst zu vermeiden. In ausländischen Blättern seien die Vorfälle tendenziös übertrieben worden. Gegenwärtig sei die Ruhe wiederhergestellt. — Bei der darauf folgenden Beratung des Budgets geißelte der Berichterstatter der Finanzkommission Dschavid, in einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede die Verschwendung des alten Regimes und bezeichnete die Richtlinien für die künftige Finanzpolitik des Reiches. Das Haus beschloß, die Rede in allen Teilen des Reiches anzuschlagen.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Saloniki: Der griechische Metropolit von Drama ist der Anstiftung von Bandenumtrieben beschuldigt worden. Er wurde infolgedessen auf Veranlassung des Wali von Saloniki durch das Patriarchat abberufen und nach Konstantinopel geschickt.

England und die Türkei. König Eduard empfing am Dienstag in Gegenwart des Staatssekretärs des Aeußern Sir Edw. Grey die türkische Sondergesandtschaft unter Mukhtar Pascha zur Notifizierung der Thronbesteigung Mohammeds V. Mukhtar Pascha überreichte dem König ein eigenhändiges Schreiben des Sultans.

Marokko. Nach Meldungen vom 18. Juni aus Fes wird die Umgebung der Stadt noch immer durch Streifzüge des Roghi heimgesucht. El Bagdadi wird in Fes aus Sefru mit Truppen erwartet, er soll das Kommando über die Mahalla gegen Roghi erhalten.

Aus Nah und Fern.

Schreckliches Automobilunglück. Nach einer Meldung aus München geriet das Automobil des Telegraphenbataillons mit vier Offizieren und zwei Soldaten am Dienstag in der Nähe von Menterschweige in einen Straßengraben. Die Insassen wurden herausgeschleudert und die Leutnants Graf Spreti und Krieg dabei schwer verletzt.

Juwelendieb verhaftet. In London wurde ein französischer Juwelendieb verhaftet, der verdächtig ist, einen aus der Hinterlassenschaft des Herzogs von Braunschweig stammenden Schmuck, zwei große Smaragdohrringe, für 15 000 Mk. haben verkaufen zu wollen. Als der angebliche, für 200 Pfd. Sterl. versetzte Schmuck nachgesehen wurde, fand man vier Stück Zucker in dem Kästchen.

Ein Waldbrand. Ein am Sonntag anläßlich der Hundertjahrfeier in der Umgegend von Bozen ausgekommener Waldbrand konnte trotz Requirierung von Militär und Feuerwehr bis gestern abend nicht lokalisiert werden. Er nimmt einen immer größeren Umfang an.

Ein Irrsinniger. Ein Infanterieoffizier rief gestern im Schönbrunn Leibgardisten zu, er sei der Sohn des Kaisers, und die Gardisten sich des Irrsinnigen bemächtigen wollten, zog dieser seinen Säbel. Er wurde nur schwer entwaffnet und festgenommen.

Eine Abordnung der Stallburschen hat, wie uns aus Paris gedrahtet wird, am Dienstag dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau erklärt, die Stallburschen seien entschlossen, während der Woche des Grandprix und am Tage des Grandprix selbst nicht in den Ausstand zu treten.

Kongresse und Ausstellungen.

— **Der 19. Verbandstag evangelischer Arbeitervereine Mitteldeutschlands** wurde am Sonnabend in Magdeburg mit einer Begrüßungsfeier eingeleitet. Pastor Täsler-Buckau hielt die Begrüßungsansprache. Grüße und Glückwünsche ihrer Vereine überbrachten Pastor Dr. Güldemeister-Meßlis i. Th., Schellhase-Mühlhausen i. Th., Wachsma-Erfurt, Tesch-Cöthen, Rudolph-Gera, Kühme-Halle a. S., Fuchs-Jena. Rechtsanwalt Pistorius, der Syndikus mehrerer Arbeitervereine ist, widmete der evangelisch-christlichen Arbeiterbewegung ein Hoch. Sonntag vormittag fand ein gemeinschaftlicher Kirchgang nach dem Dom statt. Die Liturgie hielt Domprediger Grün. Dann sprach Superintendent Trümpelmann über Joh. 9, 4 und Matth. 25, 21. Mittags 1 Uhr vereinigte man sich zu einem gemeinschaftlichen Mahl. Nachmittags wurde ein Spaziergang nach dem Rotenhorn unternommen. Zu dem um 7½ Uhr beginnenden Festabend hatte sich der Prunksaal des „Fürstenhofs" bis auf den letzten Platz gefüllt. Es waren u. a. erschienen Oberpräsident v. Hegel, Polizeipräsident Graf Lambsdorff und die Geh. Konsistorialräte Prof. Martius und Dr. Caspar. — Der Vorsitzende des evangelischen Arbeitervereins der Magdeburger Altstadt, Fr. Siems, sprach herzliche Begrüßungsworte. Er schloß mit einem Hoch auf den Kaiser. Die Festrede hatte Superintendant Prof. Bithorn-Merseburg übernommen. Im Laufe des 19. Jahrhunderts habe sich, so führte er aus, der Arbeiter eine bedeutende Stellung erobert; die Achtung vor dem Ernst und der Würde der Arbeit sei als ein achtungsgebietender Fortschritt der deutschen Kultur zu erblicken. Im Liede, in der Kunst, im Drama werde heute der Arbeiter geschildert und gefeiert. Leider fehle noch in weiten Arbeiterkreisen die lebenskräftige Hoffnung auf eine gesunde Entwicklung unserer sozialen Verhältnisse, trotzdem gerade unser deutsches Vaterland in der Fürsorge für die Arbeiterschaft voranmarschiere. Die Sozialdemokratie beherrsche die Massen, die ihr blindlings folgen; um die Arbeiter aus der dumpfen Luft der Sozialdemokratie herauszubringen, hätten sich die evangelischen Arbeitervereine gebildet, die Bildungsvereine im besten Sinne des Wortes zum Wohle des Volkes und des gesamten Vaterlandes seien. Leider sei ihr Einfluß heute noch gering; er hoffe aber, daß die Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert in Bahnen gelenkt werde, die dem Volke zum Heile dienen. Die Rede fand stürmischen Beifall. Sodann nahm Oberpräsident v. Hegel das Wort. Er bedauerte, daß die Bestrebungen der evangelischen Arbeitervereine in weiten Kreisen noch nicht genügend gewürdigt und verstanden würden. Sie müßten um so mehr anerkannt werden, als in der heutigen Zeit jeder Patriot die ernsteste Sorge habe, wie es mit der Arbeiterbewegung noch werden soll. Treue im Berufe, Treue zu König und Vaterland seien die Zierden jedes Mannes; diese pflegen die evangelischen Arbeitervereine, und er wünsche, daß sie die Hoffnung auf weiteren Erfolge ihrer nationalen Arbeit nicht sinken lassen. Ueber die Aufgaben und Ziele der evangelischen Arbeitervereine sprach der Vorsitzende des mitteldeutschen Verbandes, Waisenhausvorsteher und Stadtverordneter Kott-Erfurt. Die Verhandlungen des Verbandstages begannen Montag vormittag im Saale des Preßkotischen Restaurants. Konsistorialpräsident von Dömming, der mit den Geh. Konsistorialräten Prof. Martius und Dr. Caspar erschienen war, hob in einer Ansprache hervor, daß das Konsistorium sich die Förderung und Pflege der evangelischen Arbeitervereine angelegen sein lasse und dem mitteldeutschen Verbande eine segensreiche Tätigkeit wünsche. Geh. Konsistorialrat Martius empfahl, dahin zu wirken, daß durch die evangelischen Arbeitervereine auch Arbeiter in die Kirchenvertretungen gewählt werden. Den Tätigkeitsbericht erstattete der Verbandsvorsitzende Kott-Erfurt. In den Jahren 1900 bis 1908 sind innerhalb des mitteldeutschen Verbandes, der 23 Ortsbereine zählt, verausgabt worden in den Unterstützungskassen 16 951 Mk., in den Krankenkassen 20 959 Mk., in den Darlehnskassen 2952 Mk., in den Sterbekassen für Erwachsene 28 333 Mk. und für Kinder 8315 Mk., ferner für Konfirmationsgeschenke 1562 Mk. und für andere Zwecke 3015 Mk. Die Verbandssterbekasse wandte insgesamt 120 671 Mk. auf. Der Rechnungsabschluß der Verbandssterbekasse für 1908 schließt mit einem Bestande von 19 075,01 Mk. ab. Ueber das Thema „Blicke auf unser praktisches Arbeitsfeld" sprach Stadtverordneter Kühme-Halle. Er faßte seine Ausführungen dahin zusammen, daß man das Christentum in die Tat umsetzen und sich der Schwachen und Bedürftigen annehmen müsse, was in vielen dem Verbande angeschlossenen Vereinen durch Schaffung sozialer Einrichtungen geschehen sei. Die Mitglieder müßten zu Gemeinsinn und Opferwilligkeit erzogen werden; neben der Hoffnung auf Gottes Hilfe und auf Staatshilfe müßten sie die Selbsthilfe kräftig treiben und pflegen. Der Verbandsvorsitzende Kott behandelte im Anschluß daran das ideale Arbeitsgebiet der evangelischen Arbeitervereine. Beide Vorträge fanden lebhaften Beifall. Ein Antrag des Vereins Aschersleben, an das Konsistorium das Ersuchen zu richten, auf Provinzial- und Kreissynoden usw. in geeigneter Weise auf die Bestrebungen der evangelischen Arbeitervereine empfehlend hinzuweisen, wurde dem Vorstande zur Erledigung anheimgegeben. Darauf erfolgte die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes und die Zuwahl des Herrn Zehl-Dessau für das Herzogtum Anhalt. Zum Ort für den nächstjährigen Verbandstag wurde Dessau gewählt.

‡ **Allgemeine Bauartikel-Ausstellung in Leipzig.** Ein überaus reges Treiben herrschte am Sonntage auf der in Leipzig auf dem Messplatze bis 11. Juli stattfindenden „Allgemeinen Bauartikel-Ausstellung". Der lebhafte Verkehr hielt den ganzen Tag über an und verdichtete sich vor hervorragenden Ausstellungsobjekten zu Zeiten in wirklich beängstigender Weise. Solche Gegenstände, die den Beschauer besonders fesseln, gibt es aber zu vielen Hunderten und es erscheint daher erklärlich, wenn die Besucherzahl mit mindestens 20 000 Personen zu schätzen ist. Auch das ungarische Ministerium ordnete zum Studium der Ausstellung einen Vertreter ab. Zahlreiche Vereine aus nah und fern stellten korporativen Besuch in Aussicht, so daß die Ausstellung in den nächsten Wochen einen fortwährend wachsenden Verkehr zeigen wird.

Landwirtschaftliches.

— **Zu den Prämiierungen auf der Ausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Leipzig.** Auf der Ausstellung der D. L. G. in Leipzig wurden auch die zwei vom Hallenser Depot der Berliner Viehzentrale ausgestellten Zuchteber eigener Zucht, englischer Rasse, mit je einem ersten Preise ausgezeichnet. Der eine dieser Eber ist persönlich von Sr. Exzellenz dem preußischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Herrn v. Arnim-Criewen, erworben worden, der zweite Eber ging für einen hohen Preis nach Ostpreußen.

Sport und Jagd.

W. **Cuxhaven**, 22. Juni. Die heutige Segelwettfahrt des Norddeutschen Regattavereins auf der Unterelbe hatte folgendes Ergebnis: A I Klasse. Ehrenpreis der freien Hansestadt Hamburg. Erste: Jacht „Hamburg"; die Kaiserjacht „Meteor" ging 1 Minute 57 Sekunden hinter der „Hamburg" durchs Ziel. — A II Klasse. Klassenpreis: „Susanne", die allein durchs Ziel ging. — 15 Meterklasse. Klassenpreis: Herausforderungspreis Seiner Majestät des Kaisers sowie als Extrapreis Alfred Kahser-Erinnerungspreis: Erste: „Alice". — 10 Meterklasse. Klassenpreis: „Midgard", die allein durchs Ziel ging. — 8 Meterklasse. Erster Preis: „Dollie III"; zweiter Preis: „Woge III".

Letzte Telegramme.

Die Luftschiffahrt.

Berlin, 23. Juni. Wilbur Wright kommt Anfang August nach Berlin, um mit einer hier erbauten Flugmaschine seiner Konstruktion Aufstiege zu unternehmen.

Von ihrem Dienstmädchen überfallen.

Leipzig, 23. Juni. Gestern nachmittag wurde die in ihrer Wohnung Haydnstraße allein wohnende Frau Walther von dem etwa 15jährigen Dienstmädchen Helene Sodann überfallen und am Hinterkopfe mit einem Hackmesser schwer verletzt. Das Mädchen wurde verhaftet, verweigert aber jede Auskunft.

Eine Diebesbande verhaftet.

Recklinghausen, 23. Juni. Eine aus 16 Güterbodenarbeitern des Bahnhofs bestehende Diebesbande wurde verhaftet, die schon seit Jahren die Güterzüge beraubt hatte.

Zur Kretafrage.

Konstantinopel, 23. Juni. Wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Kretafrage ging ein Verbot an die Presse, über Truppenbewegungen zu berichten.

Hitzwelle.

New-York, 23. Juni. Die Oststaaten leiden unter dem Einfluß einer plötzlich aufgetretenen Hitzwelle. In New-York und Philadelphia sind zahlreiche Hitzschläge vorgekommen.

Börsen- und Handelsteil.

—y. **Kolonialspekulation.** Das Deutsche Kolonial-Kontor hatte den Versuch unternommen, die Anteile der Kakao-Land- und Minengesellschaft in den freien Verkehr zu bringen, anscheinend im Zusammenhang damit, daß die South West Africa Company einen Teil ihres Besitzes an der Kakao-Land- und Minengesellschaft, an ein deutsches Finanzkonsortium, verkauft hat. Die Preise, zu denen die inoffizielle Einführung in den freien Verkehr erfolgte, hielten sich auf etwa 102½ bis 101½ Prozent (am 3. Juni d. Js.). Inzwischen ist, wie die „Frankf. Ztg." schreibt, im Verlaufe von nur etwa 14 Tagen der Preis der Anteile im freien Verkehr auf 90 Proz., ja noch darunter gefallen. Dieser Kurssturz trat noch vor dem Abnahmetermin der Stücke ein. Alle die, welche sich an der „Emission" beteiligten, erleiden somit schwere Verluste. Eine Intervention seitens der der Emission nahestehenden Firma ist, wie der „Magdeb. Ztg." geschrieben wird, nicht erfolgt. Jedenfalls sollte sich das Publikum den eigenartigen Vorgang zur eindringlichen Warnung dienen lassen und aus ihm entnehmen, mit welchem Risiko die Beteiligung an Kolonialunternehmungen, insbesondere bei der derzeitigen spekulativen Uebertreibung verbunden ist. — Nach einer Hamburger Meldung gelangen dort am Montag 20 000 M nom. Anteile der Kakao-Land- und Minen-Gesellschaft zur Versteigerung.

—y. **Naumburger Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft.** Die Generalversammlung ermächtigte den Vorstand, im Laufe des Jahres nach Bedarf eine Anleihe im Betrage bis zu 500 000 M aufzunehmen.

—y. **Gewerkschaft Carlsfund, Magdeburg.** In der Gewerkenversammlung wurde der Grubenvorstand ermächtigt, an Stelle des jetzigen Kalisyndikatsvertrages einen neuen Syndikatsvertrag (Konvention, Kanzern), und zwar entweder mit sämtlichen, bisher im Kalisyndikat vereinigten Werken oder mit einem Teil derselben oder mit anderen Werken abzuschließen und auf die Dauer des abzuschließenden Vertrages, auch wenn diese Dauer zwei Jahre überschreitet, einer innerhalb oder außerhalb der Vereinigung stehenden physischen oder juristischen Person den Absatz der Gewerkschaft zu übertragen. Desgleichen wird der Grubenvorstand ermächtigt, auch ohne Eingehung eines Syndikatsvertrages mit Dritten Lieferungsverträge über eine zweijährige Dauer hinaus abzuschließen; doch muß der Abschluß bis zum 31. Dezember 1910 einschließlich erfolgt sein. Ferner soll die nach den bisherigen Gepflogenheiten Ende dieses Monats zu zahlende Ausbeute noch nicht ausgeschüttet, sondern abgewartet werden, ob das Syndikat zustande komme. Wenn die Syndikatserneuerung sich wolljehe, so seien die Ergebnisse des ersten Halbjahres derartig, daß eine Ausbeute von 100 M pro Kux, wie zuletzt, gezahlt werden könne, was dann Mitte Juli zur Ausführung kommen werde.

—y. **Deutsche Tiefbuhr-Aktien-Gesellschaft in Berlin.** Die Aktien gelangten an der Berliner Montag-Börse erstmalig zur amtlichen Notiz, die 325 Proz. lautete — ein Kurs, der wesentlich über den von den Emissionsbanken beabsichtigten Einführungskurs hinausgeht. Im freien Verkehr waren die Aktien bei lebhaften Umsätzen bis zu 328¾ im Handel.

—y. **Schubert u. Salzer, Maschinenfabrik, A.-G.**, in Chemnitz. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 20 Proz. fest. Die Verwaltung teilte mit, daß sich das Geschäft im neuen Jahre wieder besser angelassen habe.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Magdeburg**, 22. Juni. Getreide und Futtermittel. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen stetig, englischer gut 275 bis 282 M, mittel —,— M, gering bis —,— M, do. Sommer- gut —,— M, mittel —,— bis —,— M, do. Kolben Sommer- gut 280—295 M. do. Rauh- gut —,— M, do. ausländischer gut 270—276 M. Roggen ruhig, inländ. gut 191 bis 195 M, feinster über Notiz, Gerste, unv., hiesige Chevaliergerste gut —,— M, mittel do. —,— M, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut —,— bis —,— M, mittel —,— M, ausländische Futtergerste ruhig, gut 137—140 M, feinste über Notiz. Hafer fest, inländischer gut 205—210 M, ausländischer 194—200 M. Mais fest, runder gut 165—175 M, amerikanischer bunter —,— M. Erbsen hiesige Viktoria gut —,— bis —,— M, grüne Folger —,— M.

L. **Hamburg**, 22. Juni. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließlich Frachte-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preis-Berichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Durum I prompt 251½ M, Aug./Sept. 235 M, Hard-winter II Aug./Sept. 244 M, Walla Walla schwim. 259¾ M, Rosafé 79/80 kg April/Mai 260¾ M, Mai/Juni 259¾ M, Barl. Russo 79/80 kg schwim. 259¾ M, April/Mai 258¾ M, Mai/Juni 258 M, Ulka 9 Pud 35 lad. 255 M, 10 Pud April/Mai 259 M, Sibirisch. 74/75 kg Mai/Juni 243 M, Austral. schwim. 264¾ M, Chile loko 268 M, Juni 265 M, Juli 263 M — Roggen: Taganrog 9 Pud 5 loko 194¾ M, 9 Pud 10/15 prompt 196 M, Novorosf. prompt 193 M, Petersburg. 70/71 kg Mai/Juni alt 195 M — Futtergerste: Südruff. 60/61 kg loko 129¾ M, schwim. 129¾ M, Juni 130 M, Juli 130¾ M, Aug./Okt. 130 M — Hafer: Libau 50/51 kg 3 ¾ Juni 196 M, Petersburg. 46/47 kg 3 ¾ Mai/Juni alt 186 M, 47/48 kg 3 ¾ Juni/Juli 185¾ M, 49/50 kg 2 ¾ Juni alt 190 M, La Plata 46/47 kg prompt 177 M — Mais: La Plata Mai/Juni 151¾ M, Juni/Juli 151¼ M, Juli/Aug. 151¼ M. Mixed dreijährig Jan./März 151 M, Donau-Bulg. prompt 152 M, Odessa prompt 148 M.

— **Berlin**, 22. Juni. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen Juli 256,75—27,00 M, September 228,00—228,25 M. Roggen inländ. —,— bis —,— M. ab Bahn u. frei Mühle, Sept. 185,75—185,00 M. Hafer, märk. mecklbrg., pomm., preuß., pos. und schles. fein 213 bis 219 M, mittel 208—212 M, gering —,— M. russ. feiner 200,00 bis 212,00 M, russ. und Donau mittel 192,00 bis 199,00 M, geringer 186,00 bis 191,00 M ab Bahn. Mais amerik. Mixed alter 189—191 M, abfallender neuer 177—182 M, runder 176—174 M, abfallender 165—169 frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel u. gering 160—175 M, gute 176—186 M, russ. und Donau leichte 138—144 M, schwere 145—150 M ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausländ. Futterware mittel 196—200 M. Taubenerbsen 201—215 M, ab Bahn u. frei Wagen, Weizenmehl 00 33,50—36,50 M. Roggenmehl 0 und 1 23,60 bis 25,90 M. Weizenkleie 11,60—12,50 M. Roggenkleie 12,50—13,10 M.

— Mittagsbörse: Weizen Juli 257,25—257,50—255,75 M, September 227,75—228—227,50 M, Oktober 225—224,50 M. Roggen Juli 192,00—191,00 M, September 184,75—185,25—184,50 M, Oktober 183,50—184,00—183,50 M. Hafer Juli 189,00—189,50 M, Sept. 174,75—174,50 M, Oktober 174,00—173,50 M. Weizenmehl 00 33,50—36,50 M. Roggenmehl 0 u. 1 23,50—25,90 M. Rüböl Oktober 55,40—55,30 M, Dezember 55,00 M Br.

L. **Weltmarkt**, Berlin, 22. Juni. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen: Berlin, 755 gr., Juli 255,75, Sept. 227,50. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 183,40, Juli 189,90. Chicago Northern I Spring, Juli 175,55, Sept. 166,15. Liverpool Red Winter Nr. 2, Juli 203,10. Paris Lieferungswaare Juni 212,35. Budapest Lieferungswaare Okt. 234,90. Odessa ilka $9^{35}/_{90}$ 3—$4^{0}/_{0}$ Bes. einschl. Bordospesen loko 194,35. Buenos-Aires Durchschn. Qualität bordfrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Juli 191,00. Sept. 184,50. Odessa $9^{10}/_{15}$ einschl. Bordospesen loko 141,80. Hafer: Berlin 450 gr. Juli 189,50, Septbr. 174,50. Mais: Berlin Lieferungswaare Juli —,—. Newyork mixed Juli 133,60. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—.

Stroh und Heu.

‡ **Halle a. S.**, 22. Juni. (Mitgeteilt von Otto Westphal.) Sämtliche Preise gelten für 50 kg, und zwar bei Partien frei Bahn hier, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier.

Roggen-Langstroh (Handdrusch): 2,50 M bei Partien, 2,50 M in einzelnen Fuhren.

Maschinenstroh für Papierfabriken bei Partien: Roggenstroh —,— M; Weizenstroh —,— M; zu Streuzwecken bei Partien: Roggenstroh 1,60 M, Weizenstroh 1,60 M, in einzelnen Fuhren: Roggenstroh 1,80 M, Weizenstroh 1,80 M; Breitdrusch bei Partien: Roggenstroh —,— M, Weizenstroh —,— M, in einzelnen Fuhren: Roggenstroh —,— M, Weizenstroh —,— M.

Wiesenheu hiesiges oder Thüringer, beste Sorten, bei Partien: 3,50 M, in einzelnen Fuhren: 3,75 M; gute fremde Sorten bei Partien: 3,00 M, in einzelnen Fuhren: 3,25—3,50 M.

Kleeheu erster Schnitt, beste Sorten, bei Partien: —,— M, in einzelnen Fuhren: —,— M; minderwertige Sorten, bei Partien: —,— M, in einzelnen Fuhren —,— M.

Torfstreu in 200 Ztr.-Ladungen: frei Bahn hier 1,00 M, in einzelnen Ballen: vom Lager hier 1,50 M.

Häcksel, gesund und trocken, bei Partien frei Bahn hier 2,00 M in einzelnen vom Lager hier 2,50 M.

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

— **Magdeburg**, 22. Juni. Prima Kartoffelmehl und -Stärke prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Partität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 25,25—25,75 Mk. Die Handelskammer.

— **Berlin**, 22. Juni. Kartoffelstärke 25,00—25,50 Mk., Kartoffelmehl 25,00—25,50 Mk.

Spiritus.

— **Hamburg**, 22. Juni. Spiritus flau, Juni $18^{5}/_{8}$ G., Juni-Juli $18^{5}/_{8}$ G., Juli-August $18^{5}/_{8}$ G.

— **Paris**, 22. Juni. Spiritus ruhig, Juni 38,75, Juli 39,25, Juli-Aug. 39,50, Sept.-Dez. 39,00.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 22. Juni. Rüböl loko 61,00, Oktober 59,00.

— **Hamburg**, 22. Juni. Rüböl ruhig, loko verzollt 58,00.

— **Amsterdam**, 22. Juni. Leinöl ruhig, loko —, Juli $24^{0}/_{0}$, Juli-August $24^{0}/_{0}$, Sept.-Dezbr. —, Januar-April —.

— **Paris**, 22. Juni. Rüböl ruhig, Juni 63,00, Juli 64,00, Juli-August 64,25, Sept.-Dez. 65,25.

— **West**, 22. Juni. Raps per August 14,35 Gd., 14,45 Br.

Zucker.

W. **Hamburg**, 22. Juni. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Ware, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo per Juni 10,45, per Juli 10,47½, per August 10,60, per Oktober 10,07½, per Dezember 10,02½, per März 10,22½. Tendenz: stetig.

W. **London**, 22. Juni. 96 % Java-Zucker prompt ruhig, 11 sh. 4½ d. Verk., Rüben-Rohzucker 88 % Juni ruhig, 10 sh. 5 d. gehandelt.

Kaffee.

— **Hamburg**, 22. Juni. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos September $32^{1}/_{4}$ G., Dezember $31^{1}/_{2}$ G., März $31^{1}/_{2}$ G., Mai $31^{1}/_{2}$ G. Tendenz: ruhig.

— **Amsterdam**, 22. Juni. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko $40^{1}/_{2}$.

— **Havre**, 22. Juni. Kaffee. Good average Santos Sept. 42,00, Dezember 41,00, März 40,75, Mai 40,75. Tendenz: ruhig.

W. **Rio de Janeiro**, 21. Juni. Kaffee. Zufuhr 14 000 Sack in Rio, 20 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 22. Juni. Baumwolle, ruhig, Upland middling loko $56^{1}/_{2}$ Pfg.

— **Antwerpen**, 22. Juni. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Jun 5,75 bez., Dezember 5,55 bez. Ruhig.

— **Liverpool**, 22. Juni. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export — Ballen. Tendenz: Ruhig Amerikan. good ordinary Lieferungen: Stetig. Per Juni 5,85, per Juni-Juli 5,85, per Juli-August 5,87, per August-Septbr. 5,85, per Sept.-Okt. 5,82, per Okt.-Nov. 5,80, per Nov.-Dez. 5,79, per Dez.-Jan. 5,79, per Jan.-Febr. 5,80, per Febr.-März 5,80.

Petroleum.

— **Hamburg**, 22. Juni. Petroleum flau, Amerik. spez.-Gewicht 0,800 6,90.

Metalle.

— **Amsterdam**, 22. Juni. Banca zinn flau, loko 61.

— **London**, 22. Juni. Silber $24^{9}/_{16}$ Lstrl., Chili-Kupfer $58^{1}/_{2}$ Lstrl., per 3 Monate $59^{1}/_{8}$ Lstrl., Blei, span., $13^{1}/_{8}$ Lstrl., engl. $13^{1}/_{2}$ Lstrl., Zinn 133 Lstrl., Zink $21^{7}/_{8}$ Lstrl.

— **Glasgow**, 22. Juni. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 48 sh. 3 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Magdeburg**, 22. Juni. (Amtlicher Bericht.) Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb: 271 Rinder und zwar 25 Stiere, 39 Ochsen, 73 Bullen, 134 Kühe u. Kalben, 530 Kälber, 92 Schafvieh usw., 1359 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): Stiere und Ochsen: A. 40—41, B. 36—38, C. 33—35, D. 30 bis 32, E. 27 bis 29 M. Bullen: A. 35 bis 37, B. 32—34, C. 29—31, D. 26—28 M. Kalben u. Kühe: A. 34—36, B. 30—32, C. 27—29, D. 24—26, E. 18—22 M. Kälber: A. 52—56, B. 40—50, C. 26—29, D. 25—33 M. Schafe: A. 34 bis 37, B. 30—33, C. 26—29 M. Schweine (mit 20 % Tara): A. 68, B. 64—66, C. 58—62, D. 54—62 M. — Verlauf und Tendenz: langsam. Ueberstand: 30 Rinder, 70 Kälber, — Schafe, 100 Schweine.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York**, 22. Juni. Roter Winter-Weizen loko $118^{7}/_{8}$, per Juli $122^{3}/_{4}$, per Sept. $115^{3}/_{8}$, per Dez. $113^{7}/_{8}$, per Mai —.—. Mais per Juli $80^{7}/_{8}$, per Sept. $77^{1}/_{8}$, per Dez. $68^{1}/_{4}$. Mehl 5,15, Getreidefracht nach Liverpool $1^{1}/_{2}$.

W. **Chicago**, 22. Juni. Weizen per Juli 114, per Sept. $108^{1}/_{4}$, Mais per Sept. 69.

W. **New-York**, 22. Juni. Petroleum Standard white in New-York 8,50, do. in Philadelphia 8,40, do. in Refined Cases 10,90, do. Credit Balances at Oil City 168.

W. **New-York**, 22. Juni. Schmalz Westernsteam 12,10, Rohe und Brothers 12,45.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebauleben; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Lokales: i. V.: Derselbe; Schlußredaktion A. Bowecks, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190906232-19/fragment/page=0003

Berliner Börse, 22. Juni 1909

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	*4* 1.Apr.	*7* 1.Juli	*O* 1.Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.	*q1* quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	*5* 1.Mai	*8* 1.Aug.	*N* 1.Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 11.6.12.	*q2* do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	*6* 1.Juni	*9* 1.Spt.	*D* 1.Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.	*q3* do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70. 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. — 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 3½%, Lombardzinsfuß 4½%, Privatdiskont 3⅛%.

Nachdruck verb.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuß vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancenmäßigen Stückzinsen 4 pCt., und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notierende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190906232-19/fragment/page=0004